

Editorial

Den 14. Jahrgang des Berliner Journals für Soziologie eröffnen zwei eher theoretisch-konzeptionelle Aufsätze und vier empirische Analysen. Mit dem Artikel von Peter A. Hall und Daniel W. Gingerich liegt erstmals ein zentraler Text aus dem Forschungs- und Diskussionszusammenhang des „Varieties of Capitalism“-Ansatzes, in deutscher Übersetzung „Spielarten des Kapitalismus“, vor. Dieser Ansatz entwickelt ein analytisches Instrumentarium zur Erklärung der Varianz in der ökonomischen Performanz entwickelter kapitalistischer Marktwirtschaften. Verknüpft werden dabei akteurstheoretische, insbesondere spieltheoretische, und institutionentheoretische Argumente. Die „Spielarten des Kapitalismus“ verstehen sich als Alternative zu modernisierungstheoretischen, Neokorporatismus- und Produktionsregimeansätzen, ohne deren Einsichten zu ignorieren. Ausgehend von der Unterscheidung zwischen Markt und strategischer Interaktion als Modi der Handlungskoordination wirtschaftlicher Akteure, spannen die Autoren ein Spektrum für den Vergleich realer Wirtschaftssysteme auf, dessen Pole einerseits liberale Marktwirtschaften, andererseits koordinierte Marktwirtschaften bilden. Das analytische Auflösungsvermögen dieses komparativen Bezugsrahmens wird dadurch enorm gesteigert, dass die konzeptionelle Grundidee der Handlungskoordination mit der Einsicht in die Vielzahl der Arenen oder Sphären, in denen wirtschaftliche Akteure Koordinationsprobleme zu lösen haben, verknüpft wird. Damit lassen sich zum einen nationale Wirtschaftssysteme als komplexe institutionelle Settings oder Infrastrukturen thematisieren, die das strategische Handeln von Firmen u.a. Akteuren struk-

turieren, nicht aber „determinieren“. Indem Volkswirtschaften als Gefüge interdependenter institutioneller Handlungsarenen oder -sphären gesehen werden, kann der Ansatz deren institutionelle Kohärenz/Inkohärenz, thematisiert als „institutionelle Komplementarität“, zur Konkretisierung und Schärfung der Vergleichsperspektive nutzen.

Mit Verspätung, aber unaufhaltsam erobern sich die Praktiken des „Accounting“ und „Controlling“ den privaten und öffentlichen Sektor auch in Deutschland, ohne dass die industrie- und organisationssoziologische Forschung die Tragweite dieser Diffusionsprozesse schon voll erfasst hätte. Uwe Vormbusch gibt einen Überblick über die „Accountingforschung“ im angelsächsischen Sprachraum, worunter er nicht nur dessen „normalwissenschaftliches Programm“ versteht, sondern auch die fortgeschrittene sozialwissenschaftliche Reflexion und Kritik des Accounting als eines institutionalisierten Handlungsfeldes kapitalistischer Gegenwartsgesellschaften im Prozess der Globalisierung und Monetarisierung. Die dabei angerissenen Facetten des Phänomens sind vielfältig. Accounting erweist sich als unverzichtbare wissensbasierte Dienstleistung, als Mechanismus der Ökonomisierung und Monetarisierung gesellschaftlicher Handlungsfelder, als Kontroll- und Disziplinierungspraxis, als professionspolitische Aufstiegsstrategie der Accountants, schließlich als zielgerichtete Subjektivierungsstrategie.

Ausgehend von der Feststellung, dass heute keines der drei idealtypischen Wohlfahrtsstaatsregime Esping-Andersens als eine richtungsweisende Vision für einen zukunftsfähigen Geschlechtervertrag angese-

hen werden kann, geht Günther Schmid in grundlegender Weise der Frage von Gleichheit und Effizienz auf dem Arbeitsmarkt nach. Der Schritt vom impliziten zum expliziten „Geschlechtervertrag“ wird vom Autor als institutioneller Wandel betrachtet, der der „Logik institutioneller Akzeptanz“, d.h. der Legitimation durch basale Gerechtigkeits-einstellungen unterliegt. Unterschieden werden vier grundlegende Regeln der Verteilungsgerechtigkeit (Fairness, Solidarität, Chancengleichheit, egalitäre Gleichheit), die sich vier Arbeitsmarktkonstellationen (fairer Wettbewerb, solidarische Umverteilung, Chancengleichheit, egalitäre Kooperation) zuordnen lassen. Schon für den idealen Fall, dem fairen Wettbewerb auf Arbeitsmärkten mit voller Elastizität von Angebot und Nachfrage, lässt sich zeigen, dass Diskriminierung Ursache von Ineffizienz sein kann, Ausweitung des fairen Wettbewerbs umgekehrt zu Effizienzsteigerung führen kann. Nur selten sind die idealen Kontextbedingungen eines „fairen Spiels der Kräfte“ auf Arbeitsmärkten gegeben. Der explizite „Geschlechtervertrag“ bedarf dann einer institutionellen Ausgestaltung, die von den anderen Verteilungsprinzipien legitimiert wird. Im Falle von Nachfrageinelastizität *und* partieller Angebotsinelastizität auf Arbeitsmärkten, eine Konstellation, die der deutschen Situation nahe kommt, plädiert Günther Schmid für die Schaffung bzw. Ausweitung von „Übergangsmärkten“ als arbeitsmarktpolitische Annäherung an ein egalitäres Kooperationspiel.

Ein prosperierendes Feld sozialwissenschaftlicher Forschung ist seit längerem die Gerechtigkeitsforschung. Holger Lengfeld geht dem uralten Problem des Wirkungsgrades der Mitbestimmung mit den Mitteln der empirischen Gerechtigkeitsforschung nach. Seine Studie zeigt, dass der Wirkungsgrad der Mitbestimmung in Unternehmen von Gerechtigkeits-einstellungen, die zur Formierung und zur Legitimation der Interessen betrieblicher Mitbestimmungsakteure beitragen, stark beeinflusst wird. Der Autor sieht in der Gerechtigkeitsanalyse betrieblicher Verhandlungsbeziehungen keinen Königsweg zur Lösung aller offenen Fragen der Mitbestimmungsforschung, wohl aber eine Erfolg versprechende Strategie, Interessen *und*

Werteinstellungen als komplementäre Antriebe des Verhandlungsverhaltens zu begreifen.

Public Private Partnerships (PPP) spielen in den gegenwärtigen Reformdebatten über die Staatstätigkeit eine wichtige Rolle. Mit seiner Interpretation von PPP als „negotiated order“ gewinnt Stephan Manning anhand dreier empirischer Fallbeispiele aus der deutschen Entwicklungszusammenarbeit eine soziologische Perspektive auf diese Form der Zusammenarbeit zwischen privaten und öffentlichen Akteuren, die die vorherrschenden normativen Auffassungen von PPP in realistisch-er Weise zu ergänzen vermag.

Christoph Egle, Christian Henkes, Tobias Ostheim und Alexander Petring gehen in ihrem Beitrag dem Anpassungs- und Veränderungsdruck nach, der von global und europäisch integrierten Märkten insbesondere auf das Handeln sozialdemokratischer Regierungspraktiken ausgeht. Untersucht und verglichen werden die Programmatiken und Strategien der sozialdemokratischen Regierungsparteien Großbritanniens, der Niederlande, Schwedens, Dänemarks, Deutschlands und Frankreichs in den Politikfeldern Fiskal-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Die Autoren konstatieren in ihrer Länderanalyse eine „relativ einheitliche Richtung“, einen „gemeinsamen Anpassungspfad“, bei deutlichen Unterschieden in Tempo, Ausmaß und Tiefe heutiger sozialdemokratischer Umgestaltungspolitiken. Es sind die jeweiligen nationalstaatlichen Kontexte, vor allem der Parteienwettbewerb, das Verhältnis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, und die jeweilige Struktur des Wohlfahrtsstaates, die die registrierten Differenzen sozialdemokratischer Regierungspolitik erklären.

Jan-Henrik Meyers Review-Essay zum Problem einer europäischen Öffentlichkeit beschließt das Heft.

Zu guter Letzt noch ein Hinweis: Nach dem Zusammenschluss von Westdeutschem Verlag und Leske + Budrich erscheint das Berliner Journal für Soziologie ab dem vorliegenden Heft beim neu gegründeten VS Verlag (Verlag für Sozialwissenschaften). Wir freuen uns auf die künftige Zusammenarbeit.

Frank Ettrich